



Rat der
Europäischen Union

020819/EU XXVI.GP
Eingelangt am 08/05/18

Brüssel, den 24. April 2018
(OR. en)

7231/1/18
REV 1
PV CONS 16
SOC 148
EMPL 110
SAN 87
CONSOM 70

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(**Beschäftigung, Sozialpolitik**, Gesundheit und Verbraucherschutz)
15. März 2018

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 3
2. Annahme der Liste der A-Punkte 3
Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Europäisches Semester 2018 3
 - a) Vorrangige Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik:
Politische Leitlinien für 2018..... 3
 - b) Länderberichte 2018..... 3
4. In die Jugendbeschäftigung investieren: Umsetzung der Jugendgarantie 3
5. Empfehlung zu einem Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige
Lehrlingsausbildung 4
6. Die Zukunft des sozialen Europas nach 2020 4
7. Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern: Beitrag zur Verwirklichung
der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte 5

Sonstiges

8.
 - a) Dreigliedriger Sozialgipfel..... 5
 - b) Paket zu sozialer Gerechtigkeit..... 5
 - c) Arbeitsprogramme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für
Sozialschutz für 2018..... 6
 - d) Überarbeitung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern 6

ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 7

*

* *

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 6830/18 enthaltene Tagesordnung an. Punkt 8 Buchstabe d "Überarbeitung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern" wurde zu Beginn der Tagung hinzugefügt.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

6964/18

Der Rat nahm die in Dokument 6964/18 enthaltenen A-Punkte einschließlich von COR- und REV-Dokumenten an, die zur Annahme vorgelegt wurden. Eine Erklärung zu diesen Punkten ist im Addendum wiedergegeben.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Europäisches Semester 2018

a) Vorrangige Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik: Politische Leitlinien für 2018

 2

6255/18

i) Gemeinsamer Beschäftigungsbericht

6570/18 + COR 1

ii) Schlussfolgerungen des Rates zum Jahreswachstumsbericht 2018 und zum Gemeinsamen Beschäftigungsbericht

Annahme

Der Rat nahm den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht in der Fassung des Dokuments 7168/18 und die Schlussfolgerungen in der Fassung des Dokuments 7165/18 an.

b) Länderberichte 2018

 2

6378/18

Vorstellung durch die Kommission

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

4. In die Jugendbeschäftigung investieren: Umsetzung der Jugendgarantie

 2

6149/18 + COR 1

Billigung der Kernbotschaften des Beschäftigungsausschusses

Der Rat billigte die in Dokument 6149/18 + COR 1 enthaltenen Kernbotschaften des Beschäftigungsausschusses.

5. **Empfehlung zu einem Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung**
(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage:
Artikel 153, Artikel 166 und Artikel 292 AEUV)
Annahme

 6779/18 + ADD 1
(*)


Der Rat nahm die in Dokument 7311/18 enthaltene Empfehlung an. Lettland gab eine Erklärung für das Protokoll ab (siehe Anlage).

6. **Die Zukunft des sozialen Europas nach 2020**
Orientierungsaussprache

 6326/18 + COR 1
+ ADD 1

Der Rat führte auf Grundlage des in Dokument 6326/18 enthaltenen Orientierungsvermerks eine Orientierungsaussprache über "Die Zukunft des sozialen Europas nach 2020". Die Ministerinnen und Minister wiesen darauf hin, dass eine verstärkte wirtschaftliche und soziale Konvergenz erforderlich ist und verwiesen auf das zunehmende Ausmaß von Ungleichheit innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten. Viele von ihnen bezeichneten die europäische Säule sozialer Rechte als Orientierungshilfe zur Entwicklung von politischen Maßnahmen im nächsten Programmplanungszyklus, wobei einige betonten, dass europäische Fonds zur Unterstützung ihrer Umsetzung dienen sollten.

Die Mitgliedstaaten wiesen folgende Punkte als politische Prioritäten aus: die Vorbereitung der Arbeitnehmerschaft auf die Veränderungen durch den digitalen Wandel und die Zukunft der Arbeit; die Förderung der Beschäftigung, insbesondere für junge Menschen und Frauen; die Unterstützung der Integration von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen; die Inklusion der am stärksten gefährdeten Menschen und die Bekämpfung der Armut; die Bewältigung der demografischen Herausforderungen.

Die meisten Mitgliedstaaten führten an, dass die Verfahren vereinfacht werden müssen und die Verwaltungslast verringert werden muss, um die Sichtbarkeit der EU-Sozialinvestitionen zu erhöhen. Darüber hinaus forderten sie, dass der ESF flexibler und effizienter sein sollte. Die Ministerinnen und Minister waren sich außerdem weitgehend darin einig, dass die derzeitige Struktur der Sozialfonds (ESF, EGF, FEAD) beibehalten werden sollte, während manche von ihnen darüber hinaus forderten, dass der ESF ein Teil der Kohäsionspolitik bleiben sollte.

7. **Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern: Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte**

 6423/18

Orientierungsaussprache

Der Rat führte auf Grundlage von zwei Fragen in einem Vermerk des Vorsitzes (Dok. 6423/18) eine Orientierungsaussprache über die "Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern". Die Ministerinnen und Minister erläuterten ihre wirksamsten nationalen Maßnahmen zur Reduzierung der horizontalen und vertikalen Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt; dabei wurden zahlreiche Maßnahmen genannt, u. a. in den Bereichen Schul- und Berufsberatung, Bewusstseinsbildung, eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Führungspositionen und Bekämpfung von Vorurteilen. Sie erwogen außerdem Möglichkeiten, die Lohntransparenz EU-weit zu verbessern. Mehrere Ministerinnen und Minister erklärten, dass die Verpflichtung von Unternehmen, ihre Löhne offenzulegen, dabei geholfen hat, das Lohngefälle sichtbar zu machen. Einige Ministerinnen und Minister begrüßten den jüngsten Aktionsplan zur Bekämpfung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern. Manche Ministerinnen und Minister unterstützten den Vorschlag weiterer Kommissionsinitiativen in diesem Bereich, u. a. den Austausch von bewährten Verfahren, Leitlinien und technische Unterstützung. Andere sprachen sich jedoch dafür aus, die Frage der Lohntransparenz auf nationaler Ebene anzugehen.

Sonstiges

8. a) **Dreigliedriger Sozialgipfel**



Informationen des Vorsitzes und der Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes und der Kommission zur Vorbereitung des nächsten Dreigliedrigen Sozialgipfels am 21. März.

b) **Paket zu sozialer Gerechtigkeit**



Informationen der Kommission

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

- c) **Arbeitsprogramme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz für 2018**
Informationen des jeweiligen Vorsitzenden

 6572/18
6569/18

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses bzw. des Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialschutz über das Arbeitsprogramm des jeweiligen Ausschusses für das Jahr 2018 zur Kenntnis.

- d) **Überarbeitung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern**



Dieser Punkt wurde auf Wunsch der tschechischen Delegationen aufgenommen
(7195/18).

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitizes zum Stand der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Kenntnis. Während mehrere Minister betonten, dass mehr Klarheit und Rechtssicherheit vonnöten sei, unterstützten andere Minister den Text des Vorsitizes im Hinblick auf die Erreichung eines endgültigen Kompromisstexts.



Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitizes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

(*)

Punkt, zu dem eine Abstimmung beantragt werden kann.



Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

Erklärungen zu den nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkten mit Aussprache

Zu B-Punkt 5: **Empfehlung zu einem Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung**
Annahme

ERKLÄRUNG LETTLANDS

"Lettland unterstützt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität und der Wirksamkeit der Lehrlingsausbildung in der gesamten EU.

Im Hinblick auf die Umsetzung und zur Vermeidung einer falschen Auslegung ist es wichtig, die in der Empfehlung des Rates verwendete Terminologie zu klären. Der Begriff "Lehrlingsausbildung" (engl. "apprenticeship") entspricht nicht der Terminologie, wie sie in den nationalen Rechtsvorschriften Lettlands verwendet wird. Der lettische Begriff, der inhaltlich dem im Vorschlag verwendeten Begriff am nächsten kommt, ist "*darba vidē balstītas mācības*" mit der Bedeutung "arbeitsbasiertes Lernen".

Die terminologischen Probleme, die sich Lettland in diesem Zusammenhang stellen, wurden im Beschäftigungsausschuss bei der multilateralen Überwachung im Rahmen der Überprüfung der länderspezifischen Empfehlungen benannt. Es wurde breite Übereinstimmung erzielt, dass im Zusammenhang mit den Gegebenheiten und den laufenden Reformen in Lettland der Begriff "arbeitsbasiertes Lernen" genutzt werden sollte."
